

## Aufbruch – Industriearbeit NRW 2020



### Resolution der IG Metall NRW – beschlossen auf der 18. Ordentlichen Bezirkskonferenz der IG Metall NRW, Bochum, 28.06.2014

Sichere industrielle Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen erfordern besondere Standortfaktoren. Dazu zählt das **duale Ausbildungssystem**. Es schafft individuelle berufliche Entwicklungsmöglichkeiten, ist Triebfeder qualifizierter Facharbeit und macht Kompetenzvorsprünge im globalisierten Wettbewerb aus. Das **Tarifvertragssystem** verbindet Teilhabe der Beschäftigten, Fairness und sozialen Ausgleich mit industriellen „Besser-Strategien“ durch Innovation und Flexibilität. Innovative Veränderung mit Wert für die Beschäftigten weisen zudem gerade die Betriebe aus, in denen **Mitsprache und Mitbestimmung** der Betriebsräte und Beschäftigten wirksam werden.

Nicht zuletzt in der Wirtschafts- und Finanzkrise hat sich gezeigt, dass Gewerkschaften, Arbeitgeber und Staat vor diesem Hintergrund zu Lösungen fähig sind, die Einkommen und Arbeitsplätze absichern sowie neue wirtschaftliche Entwicklungsdynamik begründen.

Die anstehenden industriellen Veränderungen erfordern in Nordrhein-Westfalen einen Aufbruch für Industriearbeit 2020. Der Verlagerungsdruck durch renditeorientierte Unternehmenspolitik, weltweite Marktveränderungen und globalisierte Wertschöpfungssysteme wächst. Angesichts der Weichenstellungen für eine vierte industrielle Revolution („Industrie 4.0“) bestehen grundlegend neue Anforderungen an die Gestaltung industrieller Arbeit. Neue Arbeitsanforderungen und Arbeitsinhalte erfordern neue Formen der Aus- und Weiterbildung, damit die Chancen, die in den technologischen Neuerungen liegen (können), auch den Beschäftigten zugute kommen. Die bestehenden Infrastrukturen und vorhandenen Innovationssysteme sind entsprechend dieser Herausforderungen weiter zu entwickeln. Betriebsräte brauchen angesichts immer komplexerer Herausforderungen der Gestaltung von Industriearbeit eine neue Qualität der Unterstützung. Die IG Metall NRW erwartet eine Landespolitik, die sich diesen Herausforderungen offensiv stellt und zu dauerhaft sicherer und guter Arbeit zu fairen Bedingungen beiträgt. Dazu gehört:

- ◆ In die verkehrstechnische Infrastruktur beschleunigt zu investieren, um die Leistungsfähigkeit der Verkehrsträger Schiene, Straße, Autobahn (einschließlich Autobahnbrücken) und Wasserstraße den drängenden Bedarfen anzupassen.
- ◆ Die ökologische Erneuerung im Energiesektor so voranzutreiben, dass Energie bezahlbar, verlässlich und ökologisch verantwortlich verfügbar bleibt. Dabei gilt es weiterhin, die Arbeitsplätze in der energieintensiven Industrie vor Wettbewerbsnachteilen zu schützen und zusätzliche gute Arbeit durch innovative industrielle Lösungen für Effizienz und Nachhaltigkeit zu fördern.
- ◆ Die Landesentwicklungsplanung in ökologischer Verantwortung so zu gestalten, dass in hinreichendem Maße Gewerbeflächen für industrielle Entwicklungen verfügbar sind.
- ◆ Vorhandene Arbeitsplätze zu sichern und auszubauen, indem Unternehmen in der Nutzung von Forschungs-, Entwicklungs- und Außenwirtschaftskooperationen gestärkt werden. Als besonders erfolgreich erweisen sich dabei Unternehmens- und Hochschulverbände, wie sie z.B. im Cluster für Produktionstechnik „it’s OWL“ oder im Automobilcluster im Sauerland aufgebaut wurden. Eine entsprechende Förderung durch Land, Bund oder EU ist immer auch an die umfassende Information und Beteiligung der Arbeitnehmervertretungen zu binden.

- ◆ Die Betriebsräte in ihren immer komplexeren Aufgaben bei der Standortsicherung, bei dem an den Menschen orientierten Gestaltungseinfluss auf „Industrie 4.0“, bei Einwirkungen auf Innovations- und Produktionssysteme sowie faire Bedingungen von Arbeit zu unterstützen. Betriebsräte müssen bei der Analyse und Bewertung industrieller Umbruchprozesse unterstützt werden. Betriebsräte brauchen neue Instrumente der Prozessbegleitung, um auf die Entscheidungen für „bessere“ Alternativen industrieller Entwicklung einwirken zu können.

Wir erwarten zudem von den Unternehmen im Organisationsbereich der IG Metall, dass:

- ◆ sie ihre Chancen offensiv nutzen, in NRW dauerhaft Standorte und Arbeitsplätze zu sichern, indem sie verstärkt in Aus- und Weiterbildung, neue Produkte und innovative Fertigungsverfahren investieren. Kurzfristige Renditeüberlegungen und prekäre Beschäftigung werden von uns abgelehnt.
- ◆ sie mit den Gewerkschaften und den Betriebsräten in den Dialog treten, um den notwendigen industriellen Wandel mitbestimmt und beschäftigungswirksam zu gestalten.

Wir erwarten von der Politik, dass sie sich diesen industriepolitischen Herausforderungen stellt, die dafür notwendigen Kräfte bündelt und einen Aufbruch für gute Industriearbeit 2020 startet.

Wir sind bereit, uns diesen Herausforderungen zu stellen und stehen zum Dialog mit Staat und Unternehmen bereit, um den industriellen Strukturwandel zu gestalten, damit industrielle Arbeitsplätze erhalten und neu geschaffen werden.